

16.12.99

Beschluss
des Deutschen Bundestages

**... Gesetz zur Änderung des Verkehrswegeplanungs-
beschleunigungsgesetzes**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 79. Sitzung am 16. Dezember 1999 die beiliegende
Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses - Drucksache 14/2382 - zu dem

... Gesetz zur Änderung des Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes
angenommen.

Anrufung des Vermittlungsausschusses: Drs. 612/99 (Beschluss)

Deutscher Bundestag
14. Wahlperiode

Drucksache 14/2382
15.12.99

Beschlussempfehlung
des Vermittlungsausschusses

zu dem ... Gesetz zur Änderung des Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes
- Drucksachen 14/1517, 14/1876, 14/2326 -

Berichtersteller im Bundestag: Abgeordneter Dr. Michael Luther
Berichtersteller im Bundesrat: Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel

Der Bundestag wolle beschließen:

Das vom Deutschen Bundestag in seiner 63. Sitzung am 28. Oktober 1999 beschlossene ... Gesetz zur Änderung des Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes wird wie folgt geändert:

Zu Artikel 1 Nr. 1 (§ 1 Abs. 1 Satz 1 des Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes)

In Artikel 1 Nr. 1 werden in § 1 Abs. 1 Satz 1 die Wörter "bis zum 31. Dezember 2002" durch die Wörter "bis zum 31. Dezember 2004" ersetzt.

Berlin, den 15. Dezember 1999

Der Vermittlungsausschuss

Ortwin Runde
Vorsitzender

Dr. Michael Luther
Berichtersteller

Dr. Bernhard Vogel
Berichtersteller

17.12.99

Beschluss des Bundesrates

... Gesetz zur Änderung des Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes

Der Bundesrat hat in seiner 746. Sitzung am 17. Dezember 1999 beschlossen, dem vom Deutschen Bundestag am 16. Dezember 1999 verabschiedeten Gesetz gemäß Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes zuzustimmen.

Der Bundesrat hat ferner folgende EntschlieÙung gefasst:

E n t s c h l i e ß u n g

Die Bundesregierung wird gebeten, in ihrem nach Maßgabe des Bundestagsbeschlusses vom 28.10.1999 ein Jahr vor Auslaufen des verlängerten Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes zu erstellenden Erfahrungsbericht auch darzulegen, ob aus ihrer Sicht eine weitere Verlängerung des Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes notwendig erscheint.